



Stellungnahme des VCI

Prioritäten der chemisch-pharmazeutischen Industrie für ein WTO-Arbeitsprogramm „Post-Nairobi“

Der VCI begrüßt, dass die starre Struktur der Doha Runde aufgebrochen und Raum für neue Themen geschaffen wurde. Allerdings sehen wir die begrenzte Anzahl von Themen, die in Genf bearbeitet werden, eher als ein Zeichen, dass die WTO noch nicht wirklich handlungsfähig ist, weil die wichtigen Liberalisierungsthemen weiterhin ausgeklammert bleiben. Aus Sicht des VCI wären folgende Themen vordringlich zu verhandeln.

Verbleibende Themen:

- Das größte Interesse der deutschen Chemie liegt unverändert im Bereich des Marktzugangs für Industriegüter. Hier ist ein Fortschritt auf horizontaler Ebene weiterhin wünschenswert.
- Der VCI setzt sich im Kontext von NAMA zudem insbesondere für ein Chemie-Sektorabkommen ein. Hier eröffnet die Aufweichung des Doha-Rahmens nach Nairobi neue Möglichkeiten. Aufbauend auf dem CTHA der Uruguay-Runde wäre es wünschenswert, für die HS Codes 28 bis 39 neue Mitgliedsstaaten insbesondere aus dem Kreis der Schwellenländer zu gewinnen und das Ambitionsniveau zu erhöhen, mit der Ideallösung einer allgemeinen Zolleliminierung. Der Kompromissvorschlag der Europäischen Kommission aus dem Jahre 2011 könnte die Grundlage für neue Verhandlungen bilden. Dabei soll das Abkommen weiterhin an den Prinzipien der WTO (MFN) ausgerichtet bleiben.
- Die Verhandlungen zum Umweltgüterabkommen EGA hält der VCI weiterhin für einen gefährlichen Irrweg. Es gilt, die Büchse der Pandora willkürlicher, diskriminierender und normativ basierter Produktklassifizierungen in Zukunft nicht weiter zu öffnen. Die Verhandlungen zeigen in aller Deutlichkeit, dass hier zwischen Industriesektoren willkürlich diskriminiert wird. Als drittgrößter Industriesektor Deutschlands ist die chemische Industrie in besonderer Weise betroffen und diskriminiert. Wir hätten gerade von der Bundesregierung erwartet, dass sie Ihre handelspolitischen Strategien an der Bedeutung Ihrer Industriesektoren ausrichtet.

Neue Themen:

- Aus Sicht des VCI wäre es der richtige Zeitpunkt, nach der in vielen Runden erfolgreichen Reduzierung der Importzölle auch das Thema ‚Exportbeschränkungen‘ (Exportzölle, Exportlizenzen, dual-pricing von Rohstoffen) zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Für eine grundstoffnahe Industrie wäre dies gerade im Rohstoffsektor geboten. Auf Vorarbeiten in bilateralen Abkommen könnte

aufgebaut werden.

- Da auch die chemisch-pharmazeutische Industrie zunehmend von der Digitalisierung ihrer Prozesse erfasst wird, sollte die WTO das Thema „Digitalisierung des internationalen Handels“ analysieren und mit dem Ziel von „free data flows“ zum Beispiel Regeln zum Beispiel gegen „localisation requirements“ erarbeiten.
- Der Klimaschutz ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Damit aber die WTO nicht Opfer ihres eigenen Erfolgs wird, wäre es an der Zeit, in allen Umwelt- und Klimaabkommen ein funktionierendes Streitbeilegungssystem einzurichten. Wenn nur die WTO ein ordentliches Streitbeilegungsverfahren kennt, besteht die Gefahr, dass Handel- und Umweltdiskussionen die WTO-Arbeit erschweren. So wird einerseits gefordert, die WTO-Regeln aus Klimaschutzgründen anzupassen, andererseits werden protektionistische Maßnahmen an der Grenze immer beliebter. Wir halten beide Entwicklungen für gefährlich. Es gibt keinen Grund dafür, die WTO „like products“- Definition aus Klimaschutzgründen zu verändern. Wenn identische Produkte aufgrund ihres unterschiedlichen CO₂-Ausstoßes zu erlaubten Importverboten führen könnten, dann wäre das WTO-System bald auf den Kopf gestellt. Genauso wenig macht es Sinn, ETS-Systeme an der Grenze auszugleichen, nur weil sich die Weltgemeinschaft nicht auf gemeinsame, ehrgeizige Klimaverpflichtungen einigen kann. Die WTO-Streitbeilegung hat sich bewährt, es bedarf keiner grundlegenden Änderung. Allerdings sollte in multilateralen Umweltabkommen deutlich gemacht werden, welche Maßnahmen umweltpolitisch sinnvoll wären. Es gilt also zunächst einen umweltpolitischen Handlungsrahmen zu schaffen bevor über handelspolitische Sanktionen nachgedacht wird.
- Die WTO-Aktivitäten für mehr Transparenz bei regionalen Abkommen müssen gestärkt, neue Mechanismen für mehr Transparenz bei nicht-tarifären Handelshemmnissen gefunden werden. Schon zu Beginn der DDA-Verhandlungen hat die europäische Industrie Vorschläge für einen Mediationsmechanismus eingereicht.
- Der globale Wettbewerb findet immer öfter zwischen privaten und Staatsunternehmen zu oft ungleichen Bedingungen statt. Hier sollte ein Rahmen für faire Wettbewerbsbedingungen entwickelt werden.
- Eine Plattform zur Diskussion und Strategieentwicklung einer Multilateralisierung bilateraler Investitionsschutzregeln muss geschaffen werden. Es geht darum, langfristig die unterschiedlichen Ansätze zwischen TPP (ISDS) und CETA/TTIP (ICS) unter dem multilateralen Dach der WTO zusammenzuführen.

Anmerkungen zur europäischen Diskussion über wertorientierte Handelspolitik:

Die deutsche chemische Industrie räumt der Bedeutung universaler Menschenrechte und europäischen Werten eine hohe Bedeutung ein. Im Rahmen der Initiative Chemie³ verpflichten sich der VCI und seine Mitglieder zu Nachhaltigkeit – hierzu gehört auch die Achtung der Menschenrechte. Demokratische Partizipation und Rechtstaatlichkeit

verbessern die Chancen auf Wohlstand, und Wohlstand verbessert die Absatzmöglichkeiten auch unserer Branche.

Aber bei der Werte-Basierung der Handelspolitik ist aus unserer Sicht eben auch zu berücksichtigen, dass die dominierende Rolle Europas bzw. des Westens mehr denn je durch eine multipolare Welt mit stärker werdenden Akteuren mit anderen soziokulturellen Grundlagen abgelöst wurde. Europa will nun zwar die Welt mehr denn je nach seinen Grundsätzen formen, ist aber de facto machtloser denn je – eine spannende Dialektik, die in die Gestaltung konkreter Maßnahmen einfließen muss.

Es stellt sich somit die Frage nach dem „wie“ einer stärker werteorientierten Handelspolitik. Was ist wünschenswert? Welche Werte können als universell erachtet werden und sind damit global vermittelbar? Was ist machbar? Gibt es eine Werte-Hierarchie? Wie sind zum Beispiel politische Stabilität und Grundrechtsverletzungen abzuwägen, um nur eine der vielen Fragen aufzuwerfen?

Eine stärker an Werten orientierte Handelspolitik darf nicht dem Zweck dienen, den EU-Bürgern ein vermeintlich gutes Gewissen zu verschaffen. Sie muss die Rechte der Menschen in der Welt stärken. Mit anderen Worten: Verantwortungsethik ist wichtiger als Gesinnungsethik. Handelspolitik an Werten zu orientieren ist aus Sicht der Chemie nur dann zielführend und nachhaltig, wenn es nicht um rigorosen Werte-Imperialismus oder Distinktionsgewinn einer europäischen Elite geht, sondern wenn der Wert der „europäischen“ oder „westlichen“ Werte Dritten darstellbar und vermittelbar ist. Hier haben alle gesellschaftlichen Akteure eine Vermittlungsaufgabe, die Zuhören und Sich-Hinterfragen einschließt. Weiterhin gilt:

- Werte werden sich nur dort überzeugend vermitteln lassen, wo sie mit Verbesserung der Lebensumstände einhergehen.
- Wertebasierte Abschottung der EU zu Lasten der Entwicklungsländer ist kontraproduktiv.
- Stärkere Werteorientierung darf nicht zu einer selektiven Handelspolitik oder gar neuem Protektionismus auf Basis subjektiv-ethischer Prinzipien führen – dies wäre das Ende der offenen Weltordnung. Denn es würde Nachahmer mit anderen Wertesystemen finden, die andere handelspolitische Maßnahmen nach sich ziehen würden.
- Vermittlung von Werten ist zudem nicht primäre Aufgabe der Handelspolitik – hier muss die Außenpolitik an erster Stelle stehen.

Zusammenfassend gilt: Bürgerrechte, Bildung, Gesundheit, Eigentumsrechte und Informationsfreiheit lassen sich eher mit offenen Märkten und einem starken Völkerrechtsrahmen als in abgeschotteten Ländern verwirklichen.